

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— M., bei Selbstabholung 5.50 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— M., für einen Monat 6.— M. — Preis der Einzelnummer 30 Pfa. — Telefon für Kontor und Expedition: 2721 und 4506. — **Postfachkonto Nr. 53477**

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telephon 13893. — **Verlag in Leipzig,**
Tauchaer Straße 19/21 — Telephon 4506

Inseratenpreise: Die 7 gespaltene Kolonellszeile oder deren Raum 1.90 M., bei Platzvorschrift 2.30 M.; Familiennachrichten, die 7 gespaltene Zeile 1.70 M., Kellams-Kolonellszeile 7.50 M. — Telephon für die Inseraten-Abteilung 2721
Schluß der Inseraten-Aufnahme für die fällige Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggelächte und alle Postanstalten entgegen.

Die erste Rate pünktlich bezahlt.

Berlin, 28. Mai. Das Reichsfinanzministerium teilt mit:
Die deutsche Regierung ist verpflichtet, für diejenige Summe, die von der nach Nr. V des Londoner Ultimatums zu entrichtenden einen Milliarde Goldmark bis zum 31. Mai 1921 in Gold oder Devisen noch nicht bezahlt ist, Schahwchsel mit drei Monaten Laufzeit zu liefern, welche die Indossamente geheimer deutscher Banken tragen müssen. Die Reparationskommission hat als die für die Indossamentierung geeigneten Banken die Darmstädter Bank, Deutsche Bank, Diskonto-Gesellschaft und Dresdner Bank genannt und damit deren Indossament als eine sie befriedigende Sicherstellung bezeichnet. Die genannten Banken haben sich auf Veranlassung der Reichsregierung im vaterländischen Interesse bereit erklärt, die Schahwchsel, welche einen Betrag von etwa 840 Millionen Goldmark darstellen, unentgeltlich mit ihren Indossamenten zu versehen, nachdem ihnen eine wirksame Entlastung für ihre Verpflichtungen von der Reichsregierung zugesichert und ein Plan für die pünktliche Einlösung der Schahscheine ohne Inanspruchnahme der Banken vorgelegt worden ist. Die Schahwchsel sind am 28. Mai d. J. an die Reparationskommission abgehandelt worden.
Mit der Uebergabe der Schahwchsel ist die Verpflichtung, innerhalb 25 Tagen von dem Ultimatum ab 1 Milliarde Goldmark zu zahlen, rechtzeitig erfüllt worden.

Aus der Erklärung des Reichsfinanzministeriums geht hervor, daß die Reichsregierung der Reparationskommission rund 160 Millionen Goldmark in ausländischer Devisen und die restlichen 840 Millionen in dreimonatigen Schahwcheln zur Verfügung gestellt hat. Diese Schahwchsel können von der Reparationskommission als vollwertiges Zahlungsmittel angesehen und benutzt werden, da die vier größten und sich im Auslande allgemeiner Anerkennung erwerbenden deutschen Banken für ihre rechtzeitige Einlösung mit ihrer Unterschrift (Indossament) bürgen. Nichtsdestoweniger stellen die Schahwchsel nur ein Zahlungsversprechen dar, das innerhalb drei Monaten eingelöst werden muß. Bis dahin wird die Regierung Devisen, ausländische Wertpapiere, Gold und Edelsteine aus Privatbesitz usw. im Betrage von 840 Millionen Goldmark aufbringen müssen, um ihr Zahlungsverprechen einzulösen.
So anerkennt man aber auch die bisherige Pünktlichkeit der Reichsregierung in der Erfüllung der finanziellen Verpflichtungen, so wird ihr Wert doch illusorisch, wenn es ihr nicht gelingt, ihre Frist einzuhalten, auf die die Entente mit Recht den größten Wert legt. Die Frist, die ihr zur Entlastung der Einwohnerwehren gestellt ist. Wenn auch die neue Reichsregierung vor Bayern kapituliert, dann stehen wir wieder dort, wo wir vor dem 1. Mai gestanden sind, aber diesmal unter viel ungünstigeren Umständen.

**Eine militärische Demonstration vor dem Hohenzollernschloß!
Eine freche Provokation.**
Berlin, 30. Mai. (Eigene Drahtmeldung der V. B.) Am gestrigen Sonntag fand eine Gedächtnisfeier für die Gefallenen des vierten Garderegiments auf dem Alexander-Exerzierplatz statt. Der Kommandeur des vierten Regiments hielt eine Ansprache, und unter Führung des Generals v. Carlowitz ritten die ehemaligen Generale und andre Vorgesetzte, unter ihnen auch Prinz Eitel Friedrich die Front der ehemaligen Angehörigen der früheren 7. und 8. Kompanie, die jetzt das 9. Infanterieregiment einverleibt sind, ab. Dieselben formierten sich dann unter Führung des Obersten Reinhardt zum Vorübermarsch mit klingendem Spiel vor Prinz Eitel Friedrich! Die Frechheit dieser Provokation der Gegenrevolutionäre steigt von Tag zu Tag. Die Reichswehr wird ganz ungeniert als Werkzeug für monarchistisch-reaktionäre Stimmungsmache gebraucht. Und Herr Geßler und die Reichsregierung? Schenken sie Gehör?

Der Streik der englischen Bergarbeiter. Lloyd Georges neue Vorschläge.

London, 28. Mai. (Reuter.) Die heutigen Besprechungen zwischen Lloyd George und den Bergarbeitern und Grubenbesitzern haben anscheinend über den toten Punkt nicht hinwegzukommen vermocht. Wie amtlich bekanntgegeben wird, übergab Lloyd George den Vertretern der beiden Parteien Vorschläge, die in weitem Maße sich den bereits bekannten Richtlinien anschließen. Er schloß ein vorläufiges Abkommen vor, das eine stufenweise Herabsetzung der Löhne vorsieht, mit einem Zuschuß des Schahamts in Höhe von 10 Millionen Pfund Sterling, zur Deckung des Fehlbetrags. Die Grubenbesitzer würden in den Bezirken, in denen Staatshilfen in Anspruch genommen werden, für drei Monate einen bestimmten Gehalt abtreten. Ein für die Dauer berechneter Plan schlägt eine Regelung des Streites entweder durch ein nationales Lohnamt vor, das sich aus einer gleichen Anzahl von Bergarbeitern und Grubenbesitzern mit einem neutralen Vorsitzenden zusammensetzt, oder durch einen Gerichtshof mit drei Mitgliedern oder durch einen einzelnen Schiedsrichter. Der Beschluß soll für 12 Monate bindend sein. Eine derartige Körperschaft soll auch die Lohnfragen und

das Verhältnis der Gewinne zu den Löhnen der Bergarbeiter entscheiden. Der Exekutivausschuß beschloß, die Vorschläge Lloyd Georges den Bezirksversammlungen vorzulegen und sich am 8. Juni zur Beratung der Antworten wieder zu versammeln.

Ein Zwangsgefeß?

London, 28. Mai. (Reuter.) Dem Bernehmen nach hat der Premierminister den Bergleuten in der heutigen Besprechung mitgeteilt, wenn ein Uebereinkommen nicht erreicht werden könnte, so werde ein Gesetzentwurf eingebracht werden, um die Befolgung des Streitsfalles durch einen Schiedspruch zu erzielen, der für beide Parteien bindend sein sollte. Die Bergleute erwiderten darauf, daß sie an ihrer Forderung auf Nationalisierung des Bergbaues festhielten. Der Premierminister antwortete, dies werde weder jetzt noch gelegentlich des Schiedspruches in Erwägung gezogen werden.

Hilfe der deutschen Bergarbeiter.

Stettin, 30. Mai. Auf der 23. Generalversammlung des deutschen Bergarbeiterverbandes wurden die englischen Kollegen mit lebhafter Anteilnahme begrüßt. Die Versammlung stimmte einstimmig einem Beschlusse der Leitung zu, den im Kampfe stehenden englischen Kollegen eine Million aus der Hauptkasse und aus den Bezirkskassen für jedes Mitglied drei Mark zu überweisen. Auch sind Abmachungen getroffen worden, daß Reparationskosten nicht nach England gelangen können.

Der Generalstreik in Norwegen.

Christiania, 28. Mai. Von mehreren Verbänden, die am Streik beteiligt sind, ist die Landesorganisation angefordert worden, mit 24 Stunden Frist auch das Post- und Eisenbahnpersonal in den Streik treten zu lassen. Stenposten schreibt hierzu, daß es fraglich sei, ob die Landesorganisation sich auf einen solchen Schritt einlassen werde und ob die betreffenden Organisationen gegebenenfalls der Streikparole gehorchen würden. Von Zeitungen sind heute nur Social-Demokraten und Tidens Tegn erschienen; die anderen Zeitungen versenden hektographierte Blätter.

Kopenhagen, 28. Mai. Nach Blättermeldungen aus Christiania kam es gestern Abend aus Anlaß des Generalstreiks zu Unruhen. Eine Volksmenge, die nach Tausenden zählte, versuchte die Polizeibesetzung des Hafengebietes zu durchbrechen. Die Polizei trieb sie zurück. Abends versuchten die Unruhestifter, das Elektrizitätswerk anzugreifen, wurden jedoch von der Polizei in die Flucht geschlagen. Kurz nach 11 Uhr wurde der Betrieb des Elektrizitätswerks eingestellt, so daß die Stadt im Dunkeln lag. Vierzig bis fünfzig Personen wurden verhaftet, mehrere Personen erlitten Verletzungen. Die Brotversorgung der Stadt wird durch die Technische Nothilfe aufrechterhalten.

Der Strafantrag gegen Hauptmann Müller.

Leipzig, 28. Mai. Im Prozeß gegen den Kriegsschuldigen Hauptmann Müller beantragte der Oberstaatsanwalt gegen den Angeklagten eine Gesamtstrafe von 1 Jahr 3 Monaten Gefängnis. Das Urteil wird am Montagnachmittag verkündet werden.

17 Bergleute im Schacht ertrunken.

Th. Altenburg, 30. Mai. Nach dem suchtbaren Unwetter, das am Freitag und Sonnabend über die Gegend von Neuseelitz niedergegangen ist, drangen ungeheure Wassermassen in den Zechau-Kriebitzscher Kohlenwerken gehörigen Union-Schacht ein. Etwa 30 Bergleute wurden von den Fluten überrascht. Nur wenige von ihnen konnten sich rechtzeitig retten. Es wird befürchtet, daß 17 Bergleute im Schacht geblieben und ertrunken sind. Bis Sonntagabend war eine Leiche geborgen. Die Pump- und Ventilationsanlagen, die vorübergehend außer Tätigkeit gesetzt worden waren, konnten Sonntagnachmittag wieder in Betrieb genommen werden. Die Rettungsarbeiten sind im Gange.

Den Leipziger Neuesten Nachrichten wird zu dem Grubenunfall berichtet: Das Unglück ist auf das Unwetter zurückzuführen, das am Freitag und Sonnabend in der Neuseelitzer Gegend wüthete. Durch den wolkenbruchartigen Regen ergoß sich das Hochwasser des Erlsbachs in die Bruchlöcher der nordöstlich vom Dorfe Kriebitz gelegenen Kohlenlöcher der Zechau-Kriebitzscher Kohlenwerke und staute sich dort vermehren, daß sich nach oberflächlicher Berechnung etwa 50 000 Kubilmeter Wasser dort sammelten. Am Sonnabend, um 11 Uhr vormittags, verschwand innerhalb 15 Minuten dieser See, indem das Wasser sich durch die brüchigen Erdschichten einen Weg in die Tiefe der vom Union-Schacht nach Kriebitz führenden Arbeitsstrecke bahnte und dort die 22 Mann zählende Belegschaft beim Abbau des Flözes überraschte. Die Gewalt der Wasser- und Schlammassen war so groß, daß im Augenblicke der Verdrängung vollgelaufen war. Einzelne Bergleute, die nicht sofort wegschwemmt und verflüht wurden, glaubten wohl, es handle sich um eine vorübergehende Erscheinung und hielten sich über Wasser, indem sie die Hunte erkletterten. Nur fünf Bergleute gelang es sich einen Ausweg aus der schlammigen Flut zu bahnen. 17 Kameraden blieben im Schacht und haben bisher den Tod gefunden. Bei den sofort mit dem größten Eifer aufgenommenen Rettungsarbeiten konnte nur eine Leiche gefunden werden. — Wie verlautet, sollen auch die benachbarten Schächte unter Wasser stehen, wodurch auch hier der Betrieb gestört wäre.

Ernste Stunden.

München, 30. Mai. (Eigene Drahtmeldung der V. B.) Die in München tagende Konferenz der freigeberischen Kartelle Südbayerns haben eine Entscheidung angenommen, in der es u. a. heißt: „Die Konferenz fordert die Regierung auf, unverzüglich die Verfassung des Deutschen Reiches auch in Bayern zur Geltung zu bringen und die in der Verfassung garantierten Rechte auch in Bayern der Bevölkerung zu gewährleisten, sowie die Reichsgefeße zum Vollzug zu bringen. Insbesondere wird gefordert, unverzüglich Aufhebung des Belagerungszustandes, volle Versammlungs- und Redefreiheit, Aufhebung der Zeitungsverbote, Freilassung der politischen Gefangenen, Aufhebung der Volksgerichte, Auflösung und Entwaffnung der Einwohnerwehren und ähnlicher Organisationen, sofortige Rückberufung und Entwaffnung der Zeitfreiwilligen und anderer bayrischer Truppenverbände in Obersachsen, sofortige Schließung der Anwerbebüros und ähnlicher Institute.“

Die Konferenz protestiert auf das entschiedenste gegen das ordnungsgemäße Verfahren hohnsprechende wahllose Verhalten mitleidiger Personen und fordert deren unverzügliche Freilassung. Sie verlangt von der bayrischen Regierung die sofortige lokale Durchführung der durch den Friedensvertrag und das Ultimatum bedingten Maßnahmen. Die Konferenz als Vertreterin von 25 000 Arbeitern und Angestellten hat Stellung genommen zu den nicht sagenden Erklärungen des bayrischen Ministerpräsidenten über die Entwaffnungsfrage und die Vorgänge in Obersachsen in der Sitzung des Finanzausschusses vom 28. Mai und nimmt mit Empörung davon Kenntnis. Die Agitationskommission wird beauftragt, unverzüglich mit den sozialistischen Parteien in Fühlung zu treten, um zu der gezielten Lage Stellung zu nehmen und die notwendigen Maßnahmen zu treffen.“

Am gleichen Tage tagte der Landesvorstand der USB Bayerns und nahm folgende Kundgebung an:

„Der Landesvorstand der USB Bayerns begrüßt die zu bayrischen Politik gefasste Entscheidung der Südbayrischen Gewerkschaften. Sämtliche Einzelforderungen dieser Entscheidung sind stets von der USB Bayerns mit allem Nachdruck verfolgt worden und werden auch weiter verfolgt werden. In der Frage der Entwaffnung und Auflösung der Einwohnerwehr ist die USB Bayerns entschlossen, in Zusammenarbeit mit der ganzen freigeberischen und organisierten Arbeitererschaft Bayerns ihre ganze Kraft aufzubieten, und dafür zu sorgen, daß die Deutschland auferlegten Verpflichtungen ehelich durchgeführt und alle sich dagegen stemmenden Widerstände gebrochen werden. Im Falle einer Weigerung der Regierung Rahr, die Auflösung und Entwaffnung der Einwohnerwehr vollständig durchzuführen, werden die Parteigenossen im ganzen Lande aufgefordert, den Weisungen des Landesvorstandes geschlossenen Folge zu leisten.“

Berlin, 30. Mai (Eigene Drahtmeldung der V. B.)

Die Berliner Montagspost berichtet, daß gestern das Reichstahinetz zu einer Sitzung zusammengesetzt sei. Sie will geglaubt haben, daß die Beratungen ausschließlich der Entwaffnungsfrage gewidmet waren. Da die Einladungen am Sonnabend noch gar nicht ergangen waren, mußte man annehmen, daß die Haltung Bayerns zur Frage der Einwohnerwehr die fristgemäße Durchführung dieses Punktes des Ultimatums gefährdet und eine ernste, um nicht zu sagen bedenkliche Situation herbeizuführen droht. Eine amtliche Mitteilung über das Ergebnis der gestrigen Kabinettsitzung ist nicht ausgegeben worden. Aus den Informationen, die der Berliner Montagspost von besonderer Seite aus zu geben, teilt diese mit, daß Kräfte am Werke sind, die Auflösung der Einwohnerwehr zu verhindern und die Erfüllung des Ultimatums zu sabotieren, selbst auf die Gefahr hin, daß die angedrohten Sanktionen in Kraft treten und die Besetzung des Ruhrgebietes erfolgt. Die Montagspost glaubt ferner, daß die Widerstände in Bayern nicht von Eisherig angesehen, sondern von den Hauptleitern der Einwohnerwehr. Es scheint, daß die Regierung Rahr, die zwei Jahre lang die Einwohnerwehr großgezogen habe, nun ihrer nicht mehr Herr werde und selbst Gefangene der Einwohnerwehr sei.

Nur noch wenige Stunden trennen uns von der von der Entente in der Ultimatusnote festgesetzten Frist, dem 31. Mai, bis zu welcher die Garantien über die Ablieferung der Waffen und Munition und die Auflösung der Einwohnerwehren und ähnlicher illegaler militärischer Organisationen gegeben sein müssen, und jetzt kommt aus Bayern die alarmierende Nachricht, daß man dort nicht daran denkt, die 320 000 Mann zählende Einwohnerwehr aufzulösen. Angeblich sind es die Unterführer, die sich der Auflösung widersetzen, in Wirklichkeit spielen die Beteiligten, die bayrische Regierung mit eingeschlossen, mit verteilten Rollen. Wie stark die Regierung gegen die Auflösung wirkt, geht aus einer Meldung der Berliner Montagspost hervor, wonach sich Rahr mit der englischen Vertretung in München in Verbindung gesetzt und auf Grund der ihm von dieser Seite gegebenen Zusicherung der Reichsregierung erklären wollte, „Bayern sei bereit, eine bestimmte Anzahl von Schweren und Leichtem Waffen abzuliefern. Die Auf-